

19. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 4. April 2009 in Falkenberg / Elster

Beschluss

Seite 1 von 1

1 **Kritische Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und DDR-Geschichte**

2
3 Der defizitäre gegenwärtige Wissensstand Brandenburger Schüler zur DDR-Geschichte und Ver-
4 harmlosungstendenzen geben den Brandenburger Freien Demokraten Anlass zur Sorge. Wir
5 begreifen die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte als politische und gesell-
6 schaftliche Daueraufgabe, die nicht nur Gegenstand von Sonntagsreden und Effekthascherei zu
7 besonderen Jubiläen sein darf.

8
9 Die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte muss vielmehr verbindlicher Teil
10 des Lehrplans sein. Die Umsetzung durch die Schulen ist zu kontrollieren und ggf. zu
11 sanktionieren. Die hauptsächlich, aber nicht nur im Geschichtsunterricht erfolgende
12 Auseinandersetzung sollte immer auch den Gegenwartsbezug deutlich werden lassen, damit die
13 Schüler die Alternativen Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft, Demokratie vs. Einparteiensys-
14 tem/Diktatur, Rechtsstaat vs. Primat der Politik usw. erkennen. Um Schüler aller Schulformen zu
15 erreichen, soll bis zur 10. Klasse im Rahmen des Geschichts- und Politikunterrichtes die neuere
16 Geschichte Deutschlands behandelt werden. Im Bereich der Lehrerfortbildung sowie bei der
17 Anschaffung von Lehrmitteln sind dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

18
19 Wir setzen uns ein für eine stärkere Förderung der Zeitzeugen- und Gedenkstättenarbeit sowie
20 eine angemessene Berücksichtigung der DDR-Geschichte im Gedenkstätten- und Denkmalkonzept
21 des Landes. Wir betonen in diesem Zusammenhang auch die Verantwortung des öffentlich-
22 rechtlichen Rundfunks und der Landeszentrale für politische Bildung. Als Beispiele können hier
23 genannt werden: Herausgabe und Anschaffung entsprechender Publikationen, Bsp. FU-Studie zum
24 Wissen deutscher Schüler über die DDR; Aufwand für und Sendezeiten/-plätze von
25 entsprechenden Dokumentationen.

26
27 Wir Brandenburger Liberale treten dafür ein, dass Brandenburg endlich einen Landesbeauftragten
28 für die Stasi-Unterlagen einrichtet. Es ist unangemessen und inakzeptabel, dass Brandenburg als
29 einziges Bundesland auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine solche Anlaufstelle bietet. Die
30 Aufgaben eines Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sind die individuelle Beratung von
31 Opfern z.B. zu Akteneinsicht und Rehabilitierung, die Förderung der politischen Bildung durch
32 entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordinierung der Arbeit von Opferverbänden und
33 Aufarbeitungsinitiativen.